



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preistafel 20 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Der Kampf im Steindruckgewerbe. — Neuigkeiten: Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden. (V.) — Aus Crimmitschau. — Aus dem Genossenschaftsleben. — Korrespondenzen (Darmstadt, Halle a. S.). — Rundschau. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. — Anzeige.

**Beilage:** Der Kampf gegen das Koalitionsrecht. (III.) — Deutscher Städtetag und Arbeitslosenversicherung. — Strittige Betriebsunfälle. (II.) — Korrespondenzen (Bremen, Danzig, Eberswalde, Magdeburg).

## Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

### Zur Beachtung!

Die Adresse des Verbandsvorstandes, des Kassierers und der Redaktion der „Solidarität“ ist von jetzt ab  
**Berlin NO. 18, Elbingerstraße 18, III.**  
 Telephon Amt VII, 13679.

Dem Aufräumer Paul Meßner aus Connewitz bei Leipzig, eingetreten am 19. Dezember 1910 in Leipzig, der sich anscheinend auf Reisen befindet, ist keinerlei Unterstützung auszubehalten und ihm beim Vorzeigen des Mitgliedsbuches dasselbe abzunehmen und dem Verbandsvorstande einzuschicken.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Für die Woche vom 1. bis 7. Oktober 1911 ist die Beitragsmarke in das mit 40 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Der Kampf im Steindruckgewerbe.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker als oberste Tarifinstanz hatte am 21. d. M. über den Tarifbruch der Leipziger Steindruckereibesitzer zu Gericht zu sitzen. Der Inhalt des Berufungsbeschlusses gegen das Urteil des Leipziger Tarifschlichtergerichts ist im Leitartikel unserer letzten Nummer wörtlich wiedergegeben, sodaß wir uns ein näheres Eingehen auf die Materie der Streitfrage heute ersparen können. Das Tarifamt hat der Berufung nicht stattgegeben und somit das Leipziger Urteil bestätigt. Der Entscheid lautet wörtlich:

„Die Berufung wird zurückgewiesen. Die seitens der Firma Wegel u. Raumann zu Leipzig am 8. September ausgesprochene Kündigung von 25 Hilfsarbeitern ist im tariflichen Sinne eine Massenündigung. Diese Massenündigung ist jedoch nicht als undenkbar anzusehen, da über 100 Lithographen und Steindruckereibesitzer bei der Firma gekündigt hatten und

der Firma dadurch die Weiterbeschäftigung sämtlicher Hilfsarbeiter unmöglich war.

Das Tarifamt würde es jedoch zur Anbahnung friedlicher bezw. tariflicher Verhältnisse für zweckdienlicher gehalten haben, wenn die Kündigung des Hilfspersonals seitens der Firma nicht an demselben Tage erfolgt wäre, an dem ihr die Gehilfen gekündigt hatten.“

Wir brauchen wohl nicht besonders hervorzuheben, daß diese Stellungnahme des Tarifamtes unseren Ansichten über Rechte und Pflichten, die den vertragschließenden Parteien aus dem Tarifverhältnis erwachsen, nicht entspricht. Der Grundsatz: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe“, der hier zum Ausdruck kommt, hat in Verträgen, die nach Treu und Glauben aufgebaut sind, u. E. keinen Platz. Proklamiert man ihn aber, dann ist Treu und Glauben über den Haufen geworfen, ein Weiterpaktieren unter solch ungleicher Verteilung von Rechten und Pflichten zur Unmöglichkeit geworden. Damit hat der mit den Leipziger Steindruckereibesitzern abgeschlossene Hilfsarbeitertarif aufgehört zu existieren und für unsere Leipziger Kollegenschaft fällt die von ihr beschlossene und bis zum letzten Moment streng beachtete Neutralitätsverpflichtung. Das ist die Konsequenz, die aus dem Urteil des Tarifamtes gezogen werden muß.

Daß natürlich die Hilfsarbeiterschaft sich nunmehr nicht nur allein darauf beschränken wird, nach ihrem Ermessen in den Kampf, den die Gehilfen zu führen gezwungen sind, einzugreifen, sondern die Gelegenheit ohne weiteres wahrzunehmen wird, um auch ihrerseits zu versuchen, die für den Beginn des nächsten Jahres geplanten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen jetzt schon zur Durchführung zu bringen, ist ohne weiteres verständlich. Dies dürfte für den Ausgang des Leipziger Kampfes aber von entscheidender Bedeutung sein. Haben die Unternehmer gedacht, daß sie mit der Entfernung eines Teiles vom Hilfspersonal aus den Betrieben sich den Kampf materiell erleichtern und mit dem übrigen Teil, den diversen Oberdruckern, Lehrlingen und Streikbrechern gelben und schwarzen Couleurs, die Möglichkeit haben, die eifrigsten Arbeiten heraus zu schustern, dann haben sie gründlich vorbeikalkuliert. Der Hilfsarbeiterschaft sind nunmehr die Wege gewiesen, die sie zu gehen hat.

Inzwischen hat der Kampf mit dem Schutzverband auf der ganzen Linie begonnen. In Nürnberg-Fürth haben in 20 Schutzverbandsbetrieben 581 Gehilfen und 767 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ihre Kündigungen eingereicht, in Stuttgart in 18 Firmen 123 Gehilfen und 91 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. In Frankfurt a. M. sind Ende voriger Woche die Kündigungen der Gehilfen erfolgt, das Hilfspersonal folgt diese Woche.

Aus Stuttgart geht uns noch folgender Situationsbericht zu:

Als wir vor einigen Wochen auf friedliche Weise durch geschäftsmäßiges Vorgehen versucht, einen einigermaßen annehmbaren Ausgleich der durch die Löhnerungsverhältnisse geschaffenen schlechten Lebenslage in angemessenen Lohnerhöhungen zu erlangen, da wurde uns bis auf eine Ausnahme in allen Geschäften ein abschlägiger Bescheid zu teil. Auch nicht das geringste wurde zugefanden. Eine starke Erbitterung erfaßte die Kollegenschaft. Diese wurde um so größer, als man vorläufig keinen Ausweg sah, das, was man nicht freiwillig bekam, auf andere Weise zu fordern. Trotz der Erbitterung standen noch zu viele teilnahmslos abseits, so daß man noch lange Aufklärungsarbeit nötig zu haben glaubte. Ueber Nacht ist dies anders geworden! — Was Duzende von Agitationsversammlungen nicht zuwege gebracht haben, das hat der Schutzverband durch seine immer und stets ablehnende Taktik auf einen Schlag fertig gebracht. Auch dem letzten Kollegen und der letzten Kollegin sind mit einem Male die Augen, die so lange verschlossen waren, geöffnet worden. Das Feuer, welches so lange unter der Asche geglommen hat, ist über Nacht zur mächtigen Flamme geworden. Als daher zum 19. September der Ruf zu einer allgemeinen öffentlichen Versammlung mit allen Berufsangehörigen des Steindruckgewerbes erging, da waren alle vollzählig zur Stelle. Obwohl noch niemand etwas Bestimmtes wußte, so fühlten doch alle instintiv, daß die Zeit des Handelns gekommen sei. Kollege Werner referierte in dieser Versammlung über die Leipziger Bewegung, deren Verlauf und die weiteren Maßnahmen. Der Schutzverband zeigte durch sein lächerlich geringes Entgegenkommen, daß er den Kampf aufnehmen will. Mit allen gegen nur acht Stimmen nahm die imposante Versammlung folgende Resolution an:

„Die heute am 19. September 1911 im Gewerkschaftshaus tagende öffentliche Versammlung der Lithographen, Steindrucker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Stuttgarts nimmt Kenntnis von dem Scheitern der Verhandlungen in der Leipziger Bewegung. Die Versammlung erblickt in den geringen Zugeständnissen des Schutzverbandes die Fortsetzung seiner schon immer bewiesenen Taktik, auch die kleinste Forderung und den kleinsten sozialen Fortschritt in jeder Weise zu verhindern. Die Versammelten beschließen daher, daß die Leipziger Forderungen nunmehr auch die Stuttgarter Forderungen sind. Die Verwaltungen der beiden in Frage kommenden Verbände werden beauftragt, die Forderungen unverzüglich an die hiesigen Schutzverbandsfirmen einzufordern und soll um Antwort bis Donnerstag, den 21. September, ersucht werden. Die Versammelten sind fest entschlossen, diese Forderungen mit allem Nachdruck und allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu vertreten.“

Zu den Leipziger Gehilfenforderungen sind für das Hilfspersonal folgende Mindestlohnforderungen eingereicht worden:

a) Männliches Personal. Der Mindestlohn beträgt für: Steinschleifer bei mindestens dreijähriger Berufstätigkeit 27,— M., Hilfschleifer im ersten Jahre 24,— M., sodann jedes Jahr 1,50 M. mehr bis 27,— M.; Magazin-arbeiter, Papierzähler und Arbeiter im Steinlager 27,— M.; Anleger im Alter von 16—17 Jahren 17,— M., von 17—18 Jahren 18,50 M., von 18—19 Jahren 20,— M., von 19—20 Jahren 22,— M., über 20 Jahre 25,— M. (Hilfsarbeiter unter 16 Jahren dürfen zum Anlegen an Schnellpressen nicht angelernt werden.) Bogensänger erhalten: bis zum vollendeten 15. Lebensjahre 12,50 M., bis zum 16. Jahre 14,50 M., bis zum 17. Jahre 17,— M., bis zum 18. Jahre 18,— M., bis zum 19. Jahre 19,— M., bis zum 20. Jahre 20,— M. und über 20 Jahre 23,— M.

b) Weibliches Personal. Anlegerinnen erhalten nach einjähriger Beschäftigungsdauer 14,— M., Anfängerinnen erhalten im ersten Vierteljahr 10,— M., sodann jedes Vierteljahr 1,— M. mehr. Nach zweijähriger Berufstätigkeit 15,— M., nach dreijähriger und längerer Berufstätigkeit 16,— M. Bogensängerinnen erhalten im ersten Jahre 12,— M., im zweiten Jahre 13,— M., im dritten Jahre und nach längerer Tätigkeit 14,— M. Bronziererinnen und Abstauberinnen erhalten 12,— M. Anfangslohn, sodann jedes Jahr 1,— M. mehr bis zu 14,— M.

Am Donnerstag, den 21. September, abends sofort nach Geschäftsschluss, war der große Festsaal des Gewerkschaftshauses wiederum bis auf den letzten Platz besetzt. Es galt, die Antwort der Prinzipale entgegenzunehmen. Der Hauptvorsitzende, Kollege Sillier, vom Verband der Lithographen und Steinrunder schilderte in eingehender Weise noch einmal die derzeitige Lage im Steinrudergewerbe und den Ausgangspunkt des Leipziger Kampfes im speziellen. Die Antwort, die der hiesige Schutzverbandsvertreter gab, lautete folgendermaßen:

Stuttgart, den 20. September 1911.

Schutzverband deutscher  
Steindruckereibesitzer.

An den Verband der Lithographen, Steinrunder  
und verwandter Berufe, hier.

Auf die an die Stuttgarter und Cannstatter  
Steindruckereibesitzer und lithographischen An-  
stalten heute früh gestellten Forderungen teile  
ich Ihnen im Auftrage sämtlicher Kollegen mit,  
daß ich die Weiterbehandlung dieser Angelegen-  
heit an den Vorstand des Schutzverbandes in  
Berlin überwiesen habe.

Ich stelle Ihnen anheim, dasselbe Verfahren

einzuschlagen und Ihren Hauptvorstand in  
Berlin zu veranlassen, mit dem Vorstand des  
Schutzverbandes dort in Verbindung zu treten.

Die Erwartung einer Zustimmung bis  
morgen ist wohl nur einem Versehen zuzu-  
schreiben?

Achtungsvollst

Max Seeger,

Vorsitzender des Vereins Stuttgarter  
Steindruckereibesitzer.

Kollege Sillier erklärte, dies Schreiben er-  
halten zu haben, und er könne die Antwort des  
Hauptvorstandes schon jetzt geben, nämlich die,  
daß wir gar keine Veranlassung haben, uns an den  
Schutzverband zu wenden, dies vielmehr dessen  
Aufgabe sei, wenn gewünscht, um Verhandlungen  
nachzusehen. Wir sind jederzeit zu Verhand-  
lungen bereit.

Da die Antwort in keiner Weise befriedige,  
so könne er im Namen seines Verbandes sowie  
im Auftrag der Kollegin Thiede hier bekannt  
geben, daß die Hauptvorstände mit der Einreichung  
der Kündigungen einverstanden sind. (Dies wurde  
mit großem Beifall aufgenommen.) Bemerkens-  
wert ist, daß der Herr Kreisvertreter Seeger nur  
den einen Verband mit einem Antwortschreiben  
bedachte. Dies ist wohl vielleicht auch nur ein  
Versehen? (Sollte damit eine Ignorierung oder  
Kränkung beabsichtigt sein, so ist dieselbe jeden-  
falls sehr daneben gelungen. Dies dürften wohl  
zur Stunde auch die Stuttgarter Steindruckerei-  
besitzer einsehen.)

Die Einreichung der Kündigungen in allen  
Schutzverbandsfirmen wurde einstimmig beschloffen  
und unterm 23. September den einzelnen Firmen  
zugestellt. Es reichten 120 Lithographen und  
Steindrucker sowie 91 Hilfsarbeiter und Arbeiter-  
innen ihre Kündigungen ein.

Einige größere Firmen erklärten, schon längere  
Zeit nicht mehr dem Schutzverbände anzugehören.  
Dieselben erklärten sich weiter bereit, keinerlei  
Streiarbeit auszuführen zu wollen, sowie die neuen  
Bedingungen nach Abschluß ebenfalls einführen zu  
wollen. Diese Firmen wurden von den Kündi-  
gungen ausgenommen.

Alles in allem ist noch zu sagen, daß die  
Stuttgarter Kollegenschaft den Kampf mit Be-  
geisterung aufgenommen hat, da sie in den letzten  
Jahren zur Genüge erfahren hat, daß in anderer  
Weise auf ein Entgegenkommen bei den Schutz-  
verbandsfirmen nicht zu rechnen ist.

Auch in Berlin hat die Kollegenschaft  
Stellung zu dem Konflikt genommen, worüber uns  
nachfolgender Bericht zugeht:

Berlin. Die am 22. September 1911 in den  
Industrie-Festhallen stattgefundene außerordent-  
liche Versammlung des Steindruckerspersonal-  
s hörte zunächst ein Referat der Kollegin Thiede  
über die Bewegung im Steindruckergewerbe und  
die Stellungnahme des Hilfspersonal. Auf die  
Abkündigung der Forderungen der Steinrunder in  
Leipzig antwortete deren Organisation mit der  
Verweigerung der Ueberstunden und stellte in ver-  
schiedenen größeren Druckorten ebenfalls Forde-  
rungen auf. Durch die Verweigerung der Ueber-  
stunden wird unsere Steindruckerkollegenschaft in  
Mitleidenschaft gezogen, wie aus Leipzig schon  
ersichtlich. Die Steinrunder haben nur für sich  
die Forderungen gestellt. Wollen wir nun nicht  
warten, bis eine Aussperrung erfolgt und unsere  
Kollegenschaft nachher ohne welche Vorteile die  
Arbeit wieder aufnehmen muß, dann müssen wir  
uns rühren, wollen wir nicht mit dem zufrieden  
sein, was übrig bleibt. Schon 1906 ging das  
Hilfspersonal leer aus und sind wesentliche Vor-  
teile für unsere Kolleginnen und Kollegen bis  
heute nicht zu erringen gewesen. Sind auch hier  
und da kleine Lohnerhöhungen durchgegangen, so  
mühten diese in dem so mühevollen Kleinkrieg  
erkämpft werden, verschwanden nachher aber  
wieder, da teilweise das Personal wechselte und  
aus der Organisation austrat, also keinen Halt  
mehr hatte. Dieses müßte endlich anders werden,  
sie empfehle, nicht erst auf eine Aussperrung zu  
warten, sondern sofort Forderungen an die  
Prinzipale einzureichen; die Organisation werde  
voll und ganz hinter den Forderungen stehen.  
In der Diskussion schildert Kollege Gauschur die  
überaus traurigen Arbeitsverhältnisse in den  
einzelnen Steindruckereien und erklärt sich, sowie  
die Kollegen Goldbeck, Quappe, Kühne und Wolf  
mit den Ausführungen der Referentin einver-  
standen. Genosse Haß, Vorsitzender der Berliner  
Steindrucker, erklärt, daß in Berlin noch eine  
größere Anzahl von Maschinen untätig steht,  
trotzdem müßten die Steinrunder zu ihrer jetzigen  
Lafik greifen. Auch er begrüßt es, daß sich das  
Hilfspersonal in den Kampf stellen will. Nach  
längeren Ausführungen des Kollegen Moritz  
werden die einzureichenden Forderungen beraten  
und die vom Vorstand ausgearbeitete Vorlage  
einstimmig angenommen. Außerdem wurde nach-  
folgende Resolution ebenfalls einstimmig ange-  
nommen:

„Die heute, den 22. September, in Berlin  
tagende Versammlung des Hilfspersonal der  
Steindruckereien begrüßt es, daß endlich auch  
unsere Kollegenschaft in den Städten Nürnberg,  
Stuttgart und Frankfurt a. M. Forderungen  
eingereicht hat, die geeignet sind, die drückende  
Not, die durch die immerwährend steigenden  
Lebensmittelpreise besonders fühlbar geworden  
ist, erträglicher zu machen. Auch die Berliner  
Kollegenschaft leidet unter den Leuerungsver-  
hältnissen und beschließt, die vorliegenden  
Forderungen an die Berliner Steindruckerei-  
besitzer einzureichen. Die Versammelten er-

## Die Internationale Hygiene- Ausstellung in Dresden.

V.

Wer kennt nicht die Herkulesallee des Großen  
Gartens in Dresden? Hat sie oder vielmehr die  
den Eingang prächtig flankierenden Statuen des  
alten griechischen Kraftmenschen wegen ihrer  
„göttlichen Nacktheit“ nicht schon im Reichstag  
eine Rolle gespielt?

In dieser prächtigen Allee mit dem schönsten  
alten Baumbestande hat man die auswärtigen  
Gäste untergebracht.

Allerdings, in einem in echtem Heimatschutz-  
stil ausgeführten idyllischen und blühlauberen  
Häuschen, gleich rechts am Eingange, hat die  
Kathreinerische Malzstäfefabrikation ihren Be-  
trieb aufgeschlagen und verkauft ihre Produkte  
für wenige Pfennige an das Publikum. Eine  
glänzende Kellame; denn die „billige Gelegen-  
heit“ auf der sonst so teuren Ausstellung lassen  
sich nur wenig Frauen entgehen.

Dem Häuschen gegenüber, an der andern  
Seite der Allee, hat Ungarn ein nettes und statt-  
liches Gebäude errichtet. Und man muß es der  
auf ihre Selbstständigkeit von der andern Reichs-  
hälfte Oesterreich auch hier pochenden magha-  
rischen Nation lassen: sie hat es verstanden, sich  
darin sehr sozial zu geben. So unterscheidet sich  
Ungarn sehr vorteilhaft in bezug auf die Für-  
sorge für das Kind von fast allen Nationen. „Das  
Kind hat ein Recht auf die Fürsorge des  
Staates.“ Kein Geplärre von Humanität und

Barmherzigkeit, mit der man in Deutschland  
operiert. Die Kinder sind in der Tat das wert-  
vollste Nationalgut. Bei uns zu Hause hat man  
sich zu dieser selbstverständlichen Pflicht des  
Staates, für seine Kinder zu sorgen, noch nicht  
aufgeschwungen; das überläßt man zum größten  
Teile der privaten Wohltätigkeit und der Ge-  
meinde.

Besonders anerkanntswert ist es, daß die  
Ungarn, die sonst so sehr auf ihre unaussprech-  
liche Staatsprache halten, in ihrem Pavillon  
überall deutsche Uebersetzungen der Bezeichnungen  
angebracht und deutsche Kataloge herausgegeben  
haben. Das ist in vielen ausländischen Pavillons  
zu vermiffen.

Auf derselben Seite, nicht weit von der  
Hungaria, hat Großbritannien als letzte Nation  
ihre Ausstellung eröffnet, die aber keine offizielle  
ist, sondern von einem privaten Komitee arran-  
giert wurde, nur damit England vertreten ist.

Das große Reich der Mitte, China, ist mit  
einem kleinen Pavillon mit zierlichem Holzgitter-  
werk vertreten. Viel „Hygienisches“ hat es nicht  
auszustellen; man müßte denn eine Zahnbürste  
und einen Kamm, die dort als kulturelle Er-  
rungenschaften der neuen Zeit gelten mögen, da-  
hin rechnen. Dagegen sind prächtige seidene und  
kunstgestickte Gewänder zu sehen, die das Ent-  
zücken aller Frauen hervorgerufen. Sonst macht  
sich noch die Soja-Kompanie ziemlich breit. In  
einer abseits stehenden reizenden Pagode ist eine  
prächtige chinesische Zimmer Einrichtung in Blau  
viel bewundert. Nur die Reichsten der Reichen  
werden sich solche prächtige Einrichtungen und

Kleider leisten können. In China vegetiert die  
große Masse der Bevölkerung, vor allem der  
Riesensstädte, in ungläublicher Armut dahin.

In einer geräumigen, aber einfach gehaltenen  
Halle stellt Oesterreich aus. Im allgemeinen  
geben die ausländischen Hallen im Kleinen wieder,  
was in größerer Ausdehnung die einzelnen durch-  
wanderten Hallen enthalten: Fürsorge für Kranke  
und Gebrechliche, Kinder und Wöchnerinnen,  
Nahrungsmittel, Verbreitung der Krankbetten  
und Seuchen, und nicht zuletzt Seeres- und  
Marinehygiene.

Im bunten russischen Pavillon, der alle  
Regenbogenfarben trägt, thront in einer mäch-  
tigen, von einer Künstlerin verfertigten Figur die  
„Mutter Rußland“ in Nationaltracht. Aber man  
weiß, wie stiefmütterlich sie die meisten ihrer  
Kinder behandelt. Hier ist besonders erwähnens-  
wert die figurliche Darstellung, wie einem Hunde  
die Magen säure künstlich entzogen und als wasser-  
helle Flüssigkeit in Flaschen gesammelt wird. Das  
Verfahren hat schon die hellste Entrüstung der  
Tierchutzvereine hervorgerufen. Selbstverständ-  
lich zeigt Rußland in der Ausstellung nicht die  
entsprechenden Verhältnisse, unter denen Hundert-  
tausende seiner Bewohner leiden, nicht die  
permanente Hungersnot, die das Raubsystem der  
zarischen Selbstherrschaft verschuldet, nicht die  
Verhältnisse der in der Verbannung Lebenden  
Freiheitskämpfer, nicht die „hygienischen“ Maß-  
nahmen der Fenterstaechte in den Gefängnissen.  
Dagegen ist dargestellt, was einzelne Großfürsten  
und der Zar an Wohltätigkeit geleistet haben.  
Hunderttausende von Volksgenossen werden durch

warten, daß die Prinzipale zu Verhandlungen bereit sind und die eingereichten Forderungen unter Berücksichtigung der angeführten Gründe auch bewilligen.

Die Versammelten erklären, mit Nachdruck für die Stärkung der Organisation und die vorliegenden Forderungen einzutreten.  
Nachdem Kollege Moritz noch einige Verhaltungsmaßregeln bekannt gegeben, wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Die beschlossenen Forderungen sind inzwischen bei 15 Schutzverbandsfirmen gestellt worden.

Am 25. September tagte in Berlin eine von unserem Verbandsvorstande einberufene Konferenz der Gauleiter, die sich ausschließlich mit dem Kampf im Steinbrudergewerbe beschäftigte und die zu treffenden Maßnahmen festlegte. In einem vertraulichen Bericht werden die Ortsverwaltungen von den gefassten Beschlüssen unterrichtet.

Aus vorstehendem Situationsbericht kann unsere Kollegenschaft den ganzen Ernst der Situation erkennen. Der Kampf, den wir zu führen haben, ist nicht von der graphischen Arbeiterchaft mutwillig vom Zaun gebrochen worden, sondern die Einsichtslosigkeit und die soziale Rückständigkeit jener Unternehmer, die sich um die Fagnen des Schutzverbandes gescharrt haben, haben ihn uns aufgedrängt. Nun die Würfel gefallen sind, wird unsere Kollegenschaft zu kämpfen wissen und nicht wanken und weichen, bis der Sieg unser ist. Vorwärts!

## Aus Crimmitschau.

Am 23. September fand hier eine stark besuchte Betriebsversammlung des Hilfspersonals der Kunstankast vorm. Gold u. Kießling A.-G. statt. Kollege Schulze referierte über die Antwort der Direktion auf unsere am 20. September eingereichte Tarifvorlage.

Er führte den Anwesenden den Gang der Verhandlungen vor Augen. Seit Anfang der Verhandlungen im März d. J. bis zum 18. Juli sind folgende Zulagen gewährt worden: an drei Hilfsarbeiter je 2.— M. pro Woche, an einen Hilfsarbeiter 1,50 M. pro Woche, an 20 Hilfsarbeiter je 1.— M. pro Woche, an 26 Hilfsarbeiter je 0,50 M. pro Woche, an 21 Hilfsarbeiterinnen je 0,50 M. pro Woche, an 29 Hilfsarbeiterinnen je 0,25 M. pro Woche, was eine Gesamtzulage von 58,25 M. pro Woche bedeutet. Hieraus kann die Hilfsarbeiterchaft die Lehre ziehen, daß nur durch geschlossenes Vorgehen mit Hilfe der Organisation solche Erfolge zu verzeichnen sind.

die Mächtigen in Glend und Krieg gepöblich, um dann einigen Hundert oder Laufend Wohlthaten zu erzeigen — russische Sozialpolitik!

Rußlands Bestieger Japan hat seine Halle in echt japanischem Stile gleich daneben gebaut, und man kann unumwunden zugestehen, es hat seinen Nachbar auch im friedlichen Wettbewerb geschlagen. Die Halle ist dekorativ neben der französischen die am besten wirkende. Die kleinen Naps machen den Nationen Europas in bezug auf Hygiene, namentlich auf Schulhygiene, etwas vor, wie sie das auch auf militärischem Gebiete besorgt haben. Eine besondere Dependance ist der von China nach dem Frieden von Schimonoseki an Japan abgetretenen Insel Formosa gewidmet, und die Japaner zeigen dort, wie sie es verstanden haben, das Volk an den Küsten zu kultivieren, während auf dem größten Teile der großen Insel noch die Ureinwohner als „Wildbe“ leben. Von diesen früher so verächtlich behandelten Japanern wird die Welt noch etwas erleben!

Hinter Japan folgt das „Schwitzer Fuß“, wie an dem charakteristischen Schwitzerhausgiebel des im übrigen ziemlich schuppenartigen Gebäudes geschrieben steht. Die einzelnen Kantone haben ausgestellt, was sie zu zeigen haben und dabei besonders die heimische Produktion von Mäherzeugnissen und ihre herrliche Natur, ihre Alpen und ihre Seen gebührend ins rechte Licht gerückt.

(Schluß folgt.)

Die Direktion hat sich mit der Kündigung des Ortsvertrages im Mai d. J. einverstanden erklärt und zum Ausdruck gebracht, daß eine Kündigung der Vereinbarungen vom Jahre 1907 sich erübrigte, nachdem diese Abmachungen seit langem nicht mehr zutreffen, da die damals festgesetzten Löhne, besonders die der Hilfsarbeiterinnen, ja längst überholt sind. Um das zu beweisen, führt die Firma folgenden Vergleich an: Die Löhne der Ostermädchen im Jahre 1907 betragen 7.— M. und steigerten sich bis zu ihrem 18. Jahre bis zu 9.— M. Jetzt beträgt der Anfangslohn sofort 8.— M. und steigert sich bis zum 18. Jahre bis zu 10,50 M. Die Steinschleifer erhielten 1907 17.— bis 19.— M., jetzt erhalten sie 18.— bis 22.— M.; Papierfärber erhielten 19.— bis 21.— M., jetzt 20,50 bis 23.— M.; Lagerarbeiter erhielten 17.— bis 19.— M., jetzt 18.— bis 23,50 M.; Transporteure erhielten 17.— bis 18.— M., jetzt 17,50 bis 19,50 M.

Inwiefern diese Angaben übereinstimmen, konnten wir bis jetzt nicht feststellen, da die aus-gegebenen statistischen Fragebogen sehr mangelhaft von dem Hilfspersonal beantwortet worden sind. Da aber jetzt durch die Forderung der Steinbruder und Lithographen nicht ausgeschlossen ist, daß das Hilfspersonal in Mitleidenchaft gezogen wird, hat die Versammlung am 20. September einstimmig beschlossen, die neue Tarifvorlage vom Mai 1911 der Direktion der Kunstankast zur Bewilligung zu unterbreiten, um sich vor ähnlichem Schaden wie im Jahre 1906 zu schützen, wo das Hilfspersonal bedingungslos die Arbeit aufnehmen mußte, weil es versäumt hatte, vor den Kündigungen ihre Forderungen einzureichen. Die jetzt eingereichten Forderungen sind (mit Ausnahme der Löhne) dieselben, wie sie in der letzten Nummer der „Solidarität“ bekannt gegeben sind. An Löhnen wurde gefordert: Mindestlohn für geübte Steinschleifer, Wochenlohn 24.— M.; Transporteure, Wochenlohn 22.— M.; Papierfärber, Wochenlohn 24.— M.; Lagerarbeiter, Wochenlohn 24.— M.; sonstige nicht näher bezeichnete Hilfsarbeiter bis 21 Jahre 21.— M.; Burschen im Alter von 15 Jahren 12.— M., steigend durch halbjährliche Zulagen bis zum 20. Jahre 20.— M.; geübte Papierfärber 24.— M.

Hilfsarbeiterinnen: geübte Anlegerinnen an Schnellpressen, Format 140 Zentimeter, 15.— M., Format 125 Zentimeter, 14.— M., Format 114 bis 120 Zentimeter, 13.— M., an kleinen Maschinen 12.— M.; Auslegerinnen je nach Maschinenformat 1.— M. weniger wie obige. Sonstige nicht bezeichnete Hilfsarbeiterinnen bis zum 15. Jahre 10.— M., bis zum 16. Jahre 11.— M., bis zum 17. Jahre 12.— M., bis zum 19. Jahre 13.— M.; Proziererinnen 15.— M., Poliererinnen und Abstauberinnen 14.— M., Satiniererinnen 13.— M.

Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen im Akkord erhalten 20 Prozent Zuschlag. Als geübte gelten die Hilfsarbeiter im Spezialfach nach einem halben Jahr, Anlegerinnen nach einem Jahr. Die Lohnsätze steigern sich in gleichmäßigen vierteljährlichen Zulagen. Die Vereinbarungen gelten bis zum 30. September 1913.

In ihrem Antwortschreiben auf unsere Forderungen will nun die Firma die Dauer der Vereinbarungen vom Jahre 1907 auf fünf Jahre festgesetzt haben, was aber von der damaligen Ortsverwaltung und Kommission bestritten wird. Es ist zutreffend, daß die damalige Ortsverwaltung und Kommission in dem Schreiben an die Firma die fünfjährige Dauer der Vereinbarungen angestrebt hat, aber unter der Bedingung, daß die Firma die Allgemeinen Bestimmungen anerkennt, was nicht geschehen ist.

Bei den mündlichen Verhandlungen ist nur über die oben angeführten Lohnsätze verhandelt worden, wobei die Direktion der Kommission das Versprechen gab, daß sie die neunstündige Arbeitszeit und Staffellohnätze zur Einführung bringen will, sobald die Konkurrenz überwunden ist.

Das Versprechen ist bis heute noch nicht eingelöst, und aus diesen Gründen ist es ersichtlich, daß die Vereinbarungen vom Jahre 1907 an keine bestimmte Zeitdauer gebunden waren.

Kollege Schulze forderte die Anwesenden auf, die kurze Zeit zur Stärkung unserer Reihen zu benutzen, damit wir zu jeder Zeit gerüstet sind, denn nur durch eine starke Organisation ist es möglich, unsere Lage zu verbessern.

Nach dem Referat haben sich 20 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dem Verband angeschlossen.

## Aus dem Genossenschaftsleben.

Nachdem die sommerlichen Sommertage vorüber sind, zeigen sich ihre Folgen mit aller Macht. Preiserhöhungen, wozu man sieht! Alle Nahrungsmittel sind teurer geworden und steigen noch ständig im Preise. Gewiß ist ja, daß ein erheblicher Teil der Leuerung von der Miskerte verursacht wurde, ebenso gewiß ist aber auch, daß der Groß- und Kleinkapitalismus diese Leuerung mehr als notwendig zu Profitzwecken ausnützt. Warum wäre sonst der Kaffee teurer, der doch mit unserem heißen Sommer gar nichts zu tun hat, und von dem man weiß, daß ungeheure Mengen in seinen Ursprungsländern aufgestapelt liegen? Warum steigt der Zucker so ungeheuer im Preise, obwohl die Zuckerrübenerte noch bevorsteht und gar kein schlechteres Resultat prophezeit als in anderen Jahren? Es sind das eben Charakteristika der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Niemen aus der Haut des hungernden Volkes schneidet, um den Profit der Kapitalmagnaten zu erhöhen.

Dagegen helfen Demonstrationen sehr wenig, und eine Besserung der Lage wird auch durch Hungerrevolten nicht herbeigeführt, bei denen die an sich schon raren Lebensmittel noch vernichtet werden. Wohl können Staat- und Gemeindebehörden, wenn sie einsichtig genug sind, sehr viel zur Linderung der Hungernot tun, und sie sollten auch mit allen Kräften dazu gedrängt werden; aber wie in jeder anderen Situation wird auch hier ein wirksames Eingreifen nur von der Selbsthilfe der am meisten betroffenen Volksschicht erwartet werden dürfen. Eine starke, weitverbreitete, grundlegende Organisation der Konsumenten ist allein imstande, die Bevölkung unabhängig zu machen von ungerechtfertigten Preissteigerungen. Wohl haben wir in Deutschland Konsumentenorganisationen, welche achtunggebietende Erfolge in der Bekämpfung der willkürlichen Leuerung aufzuweisen haben, einer solchen allgemeinen Tendenz steigender Preise sind sie noch nicht gewachsen; dazu gehört, daß sich viel mehr Mitglieder als bisher den Genossenschaften anschließen und überzeugte Anhänger werden, denn wir dürfen nicht vergessen, daß wir das ganze, mächtige, internationale Kapital gegen uns haben. Die Genossenschaften können ihre Mitglieder aber wenigstens davor bewahren, daß sie den Händlern noch einen Extraprofit in Gestalt übermäßiger Preise zahlen, und sie können des weiteren ihre Mitglieder vor dem Ankauf verfälschter Lebensmittel behüten. Wissen wir doch, daß die Industrie der Nahrungsmittelfälschung gerade in Zeiten der Leuerung aufblüht, wie Sumpfpflanzen.

„Die Arbeiter kaufen in den Konsumvereinen billiger und haben vor allen Dingen dort die Gewißheit, unverfälschte Nahrungsmittel zu bekommen!“ Das wären die zwei großen Momente, die Nebel auf dem jüngst vergangenen Parteitage in seiner Aufforderung an die Arbeiter, in Massen den Konsumvereinen zuzuströmen, betont hat. Es wäre aufs innigste zu wünschen, daß diese Aufforderung von den Massen, die heute noch fern stehen, befolgt würde. Je größer und umfassender die Konsumentenorganisationen werden, um so eher sind sie imstande, dem volksgefährdenden Kapitalismus entgegenzutreten. Es ist ja auch unwiderleglich, daß der genossenschaftliche Gedanke immer mehr die Arbeiterchaft erobert, selbst doch fast alle Konsumvereine von Jahr zu Jahr steigende Mitgliederziffern und höhere Umsätze. Und die Bewegung hat z. B. in Berlin, wo sie jahrzehntelang einen zähen Kampf um ihre Existenz gekämpft, im Lauf der letzten Monate eine Zunahme erfahren, wie sie auch die hoffnungsvollsten Optimisten nicht für möglich gehalten hätten. Die im März eröffnete Bäckerei, die Kaffeebörse, die Selter- und Limonaden-

fabrik sind nur unter Aufbietung aller Kräfte imstande, den an sie gestellten Ansprüchen zu genügen, und die schon rüstig vorwärts geschrittenen weiteren Neubauten müssen sofort nach Fertigstellung in Betrieb genommen werden.

Erfreulich ist es, daß auch in den Kreisen katholischer Arbeiter sich das Verständnis von der Notwendigkeit der Konsumentenorganisation mehr und mehr befestigt. Vor einiger Zeit wollte es der „Kölnischen Volkszeitung“ gar nicht gefallen, daß die Konsumentenvereinsmitglieder sich zu den Wahlen auf ihr Konsumenteninteresse besaßen und sich auch ihre Abgeordneten in Bezug auf ihre Stellungnahme zu den Konsumentenorganisationen genauer ansahen. Dies Mißfallen der großen Führerin wird aber nicht überall geteilt, brachte doch die „Neue Stolberger Zeitung“ (Nr. 102) aus katholischen Arbeiterkreisen eine Zuschrift, in der anerkannt wird, „daß alle führenden Organe der Zentrumspartei seit Jahrzehnten mit Eifer für die Genossenschaften der Bauern, Handwerker und Kleingewerbetreibenden eintreten, ein solches Wohlwollen aber für die Gewerkschaften, deren Mitglieder hauptsächlich Arbeiter und kleine Beamte sind, nicht zu konstatieren ist. Man hat während der letzten zehn Jahre besonders im preussischen Landtag fortgesetzt Versuche gemacht, die Konsumenten unter Ausnahmegeetze zu bringen, und leider waren es vielfach die Abgeordneten der Zentrumspartei, die ihre Hand dazu boten, um solche Gesetzesanträge durchzubringen. Gegen den Antrag Hammer, der auch ein solches Ausnahmegeetz sei, hätte die „Kölnische Volkszeitung“ ihre mächtige Stimme warnend erheben sollen! Wir verlangen keine Vorrechte, keine staatliche Unterstützungen, keine Vergünstigungen, sondern nur einzig und allein, daß die Konsumentengenossenschaften mit den anderen Genossenschaften gleichmäßig behandelt werden, wir verlangen nur: gleiches Recht für alle!“ Das klingt ja ganz revolutionär und die Zentrumsabgeordneten werden, wenn sich solche Meinungen unter ihren Anhängern weiter verbreiten sollten, dem Rechnung tragen müssen, oder sie laufen schließlich Gefahr, einen Teil ihrer politischen Anhänger zu verlieren, weil sie keine wirtschaftlichen Interessen nicht vertreten können. Da sich aber die Zentrumspartei gewandt in alle veränderten Verhältnisse schiebt, so wird sie auch hier einen Ausweg finden. Den katholischen Arbeitern aber kann man zu einem derartigen energischen Eintreten für ihre genossenschaftlichen Interessen gratulieren.

### Korrespondenzen.

Darmstadt. Eine stark besuchte Mitglieder-Versammlung fand am 4. September im Gewerkschaftshaus statt, die zeigte, daß die diesjährige Kollegenschaft den diesmaligen Tarifverhandlungen reges Interesse entgegenbringt. Amüsch erstattete der Vorsitzende Schäfer Bericht über die Gantkonferenz in Frankfurt, die marantesten Punkte hervorhebend, und dann auf den wichtigsten Punkt „Vorschläge der Tarifkommission“ überzugehen. Mit gespanntester Aufmerksamkeit nahm die Versammlung Kenntnis von den neu einzureichenden örtlichen Tarifforderungen und verpflichtete sich, den Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 4. September 1911 im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Vorschlägen der Lohnkommission einverstanden und gibt der Kommission anheim, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß die nur zu gerechten Forderungen der Hilfsarbeiterschaft zur Durchführung kommen, zumal wir in einer Zeit leben, die eine dementsprechende Lohn-erhöhung fordert.“

Nach einigen internen Angelegenheiten erreichte die gut verkaufene Versammlung ihren Schluß. Am Sonntag, den 24. September, findet in der Heiligen im Darmstädter Hof ein Tanzkränzchen statt.

Halle a. S. Monats-Versammlung am 16. September. Den Kartellbericht gab Kollege Müller, der es kritisierte, daß die Kollegen Görke als Kartellbelegte es überhaupt nicht für nötig

hält, zu einer Sitzung oder Versammlung zu erscheinen, zumal sie noch den Posten einer Vertrauensperson inne hat. Es wurde daher die Verwaltung ersucht, mit solchen Versammlungs-schwänzern ein ernsteres Wörtchen zu reden. In einem Mundschreiben des Hauptvorstandes werden diejenigen Mitglieder aufgefordert, die nicht der nach ihrem Lohn festgesetzten Beitrags-kasse angehören, dies unverzüglich bis zum 1. Oktober d. J. zu regeln, widrigenfalls sie bei einer Aussperrung oder einem Streit selbst die Konsequenzen zu tragen haben. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß die Lohnbewegung bei der Firma Barneke zugunsten der Kollegenschaft verlaufen ist, auch gab der Prinzipal die Erklärung ab, daß er bei unserer Tarifrenewierung mit einbegriffen sein will. Genosse Gnoth vom Steinbruder-Verband, welcher als Gast zugegen war, berichtete über die Situation im Steinbrüder-gewerbe und ermahnte am Schluß seiner Ausführungen die Anwesenden, falls es auch hier zu einem Streit oder Aussperrung kommen wird, strengste Solidarität zu üben, worauf von den Versammelten folgende Erklärung einstimmig abgegeben wurde: „Die am 16. September tagende Mitgliederversammlung erklärt, daß sie dem Verband der Lithographen und Steinbrüder zu der bevorstehenden Bewegung ihre vollste Sympathie ausdrückt und diese erforderlichenfalls durch kräftige Unterstützung zum Ausdruck bringen wird.“ Die Abrechnung vom Sommerfest ergab einen Ueberschuß von 781 Mk. Auf Antrag der Verwaltung wird gegen drei Stimmen beschlossen, die Zahlung an die Gaukasse und Bibliothek abzulehnen; begründet wurde dieser Antrag mit der sehr schlechten Benutzung seitens der Mitglieder, unsere Lotalkasse sehr erschöpft ist und wir andernfalls die Lotalbeiträge erhöhen müßten. Ferner wird auf Antrag der Verwaltung einstimmig beschlossen, unsere Mitglieder-Versammlungen, solange die Volkzeitung im Volkspart besteht, daselbst abzuhalten. Zum Schluß richtete Kollege Scheibe das Ersuchen an die Anwesenden, vollzählig zu unserem Stiftungsfest zu erscheinen, damit auch wir dazu beitragen, unser Heim, welches von der Volkzeitung betroffen wurde, zu erhalten.

### Rundschau.

Die Steuerbelastung des deutschen Volkes beträgt nach einer Berechnung der Monatszeitschrift „Verwaltung und Statistik“ nach den Staatsvoranschlägen der Bundesstaaten und des Reichs in Einnahmen und Ausgaben für 1910 auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 43 Mk. und zwar 27 Mk. an Reichsteuern und 16 Mk. an Landessteuern. Eine Familie von fünf Köpfen hätte also 215 Mk. zu bezahlen. Dazu kommen

dann noch die Kommunalabgaben, Kirchensteuern usw. Ferner aber sind in dieser Summe noch nicht die Verteuerungen der Lebensmittel durch die deutsche Zollpolitik enthalten; denn durch den Zoll wird nicht nur der Teil der zollpflichtigen Waren verteuert, der aus dem Ausland in das deutsche Zollgebiet eingeführt wird, sondern zugleich jener Teil dieser Waren, der in Deutschland selbst erzeugt wird.

### Briefkasten.

Strasbourg i. E. Mit dem Schlußsatz der am 16. September gefaßten Resolution, welcher lautet: „... beschließt die Versammlung, in Zukunft keinen Bericht mehr an die „Solidarität“ einzusenden, um der Redaktion die Ablehnung derselben zu ersparen“, erklären wir uns voll und ganz einverstanden und werden strikte danach handeln. —

### Versammlungskalender.

Braunschw. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 7. Oktober 1911, abends 8 Uhr, im Hotel Fürstenthor, Stobenstraße 9. Tagesordnung: 1. Referat des Arbeiterssekretärs Genossen Steinbrücker über die Versicherungsbehörden und Neuorganisation der Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung. 2. Bericht über die Seefener Konferenz. 3. Verschiedenes.

### Adressenveränderungen.

Bremen. Vorsitzender: Adolf Werner. Kassierer und Arbeitsnachweis: Auguste Boffe. Bureau und Nachweis: Faulenstr. 58/60, Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 4 I. rechts.

Cöthen. Vorsitzender: Max Scholle, Querstr. 25.

Stendal. Vorsitzender: S. Fußl, Stendal, Rögerstraße 57. Kassierer: Gustav Koffe, Stendal, Neustraße 24.

### Abrechnungen.

Die Zahlstelle Hamburg, über deren Abrechnung erst in voriger Nummer quittiert wurde, hat bereits am 26. August abgerechnet. Da aber die Ueberweisung des Geldes erst vorige Woche durch die Deutsche Bank erfolgte, konnte nicht früher quittiert werden.

S. Loda hl.

## Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

### Wahl der Vertreter zur Generalversammlung.

Nach §§ 44 und 45 des Kassenstatuts besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.

Die Kassenmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte in einem Wahlgange zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.

Für 1911/1912 sind zu wählen:

von den Kassenmitgliedern 256 Vertreter,  
von den Arbeitgebern 121 Vertreter.

Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder findet am

**Sonntag, den 22. Oktober cr., vormittags präc. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr**  
im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelufer 15

statt. (Um 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr wird der Wahlgang geschlossen.)

Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung hierdurch ergebenst ein.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Zur Legitimation dient das Quittungsbuch bezw. die Quittungskarte und werden die Herren Druckerei-Kassierer gebeten, selbige den oben aufgeführten Mitgliedern behufs Teilnahme an der Wahl auszufertigen.

Ohne Quittungsbuch bezw. Quittungskarte ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

Die Arbeitgeber wählen ebenfalls in ungeteilter Wahlversammlung am

**Mittwoch, den 25. Oktober cr., abends 8 Uhr**  
im Papierhaus (Büchergewerbe-Saal), Dessauerstraße 2

und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.

Berlin, den 18. September 1911.

### Der Vorstand.

I. Blenz, Vorsitzender.

Dirk Winkler, Schriftführer.